

Übertreibt es die Kanti mit dem Jahr der Antidiskriminierung?

Obligatorisch erklärte Veranstaltungen an der Kantonsschule Solothurn rufen SVP-Kantonsrat auf den Plan.

Urs Moser

Auf Initiative der von aktiven Schülerinnen und Schülern und Ehemaligen gegründeten Gruppe «wirundjetzt» hat die Kantonsschule Solothurn ein Jahr der Antidiskriminierung ausgerufen. Das Projekt setzt den Fokus auf Rassismus, Sexismus und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.

Das Thema wird auch Regierung und Parlament beschäftigen, vielleicht bereits in der am Dienstag beginnenden Septembersession. Dass die Schülerinnen und Schüler obligatorisch zwei von «wirundjetzt» organisierte Vorträge besuchen müssen und dafür vom regulären Unterricht dispensiert werden, stösst

SVP-Kantonsrat Matthias Borner auf. Er reicht dazu eine Interpellation mit dem Titel «Woke Agenda an der Kantonsschule Solothurn?» ein, für die er dringliche Behandlung verlangt.

Borner sieht die Grundsätze der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der politischen Neutralität der Schule potenziell gefährdet, beim ordentlichen Behandlungsweg für seinen Vorstoss könne nicht mehr reagiert werden, begründet er die Dringlichkeit. Damit ist implizit wohl die Forderung verbunden, die Veranstaltungsreihe abzublenden oder der Kantonsschule zumindest zu untersagen, den Besuch als obligatorisch zu erklären.

Jein, sagt Matthias Borner allerdings selbst. Ob entspre-

chender Handlungsbedarf besteht, sei erst aufgrund der Beantwortung seiner Fragen durch den Regierungsrat zu beurteilen. Aber ja: So wie die Sache daherkomme, erwecke sie schon den Anschein einer politischen Schlagseite und müsste in diesem Fall unterbunden werden.

Anstoss soll aus der Schülerschaft kommen

Was Borner unter anderem stört, ist die Verbindung der verschiedenen Themenbereiche. Wer zum Beispiel mit der Genderdebatte nicht viel anfangen kann, werde so gleich auch als schwulenfeindlich und rassistisch hingestellt. Er sei übrigens aus Kreisen der Schülerschaft auf das Ob-

ligatorium zum Besuch der Veranstaltungen angesprochen worden, die genau aus diesem Grund Hemmungen hätten, sich offen dagegen zu äussern.

Borner richtet nun einen Katalog von nicht weniger als 16 Fragen an die Regierung. Wie die politische Neutralität sichergestellt werde, ob die Eltern minderjähriger Schülerinnen und Schüler über das Projekt informiert wurden, wie viele Lektionen zur Vermittlung des obligatorischen Schulstoffs ausfallen und ob der Inhalt der Vorträge einer qualitativen Überprüfung unterzogen worden sei, will er unter anderem wissen.

Die Gruppe «wirundjetzt» arbeitet bei der von ihr initiierten Veranstaltungsreihe mit der fe-

ministischen Organisation «Brava» (setzt sich gegen Gewalt gegen Frauen ein), dem Verein «Milchjugend» (Jugendorganisation für Lesbische, Schwule, Bi-, Trans-, Inter- und Asexuelle und «alle dazwischen und ausserhalb») und der Beratungsstelle «Frabrina» für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität und Kultur zusammen.

Manchmal herrscht «eine gewisse Unbedarftheit»

Das Konzept für die Vorträge habe der Schulleitung vorgelegt werden müssen, sagt Stefan Zumbrunn, Rektor der Kantonsschule Solothurn. Man habe Wert darauf gelegt, dass es um eine grundsätzliche Behand-

lung der Themenbereiche Rassismus und Diskriminierung geht und nicht um Debatten zum Beispiel zur Verwendung des Gendersterns.

Die Themen hätten durchaus eine Relevanz, auch wenn Zumbrunn nicht glaubt, dass man an der Kanti Solothurn grundsätzlich ein Problem mit geschlechterspezifischer Diskriminierung oder rassistischer Gesinnung hat, wie es auf der Homepage der Gruppe «wirundjetzt» den Anschein macht, wo von «täglich verschiedenen Vorfällen» die Rede ist. Er denkt eher, dass im Umgang damit manchmal eine gewisse Unbedarftheit herrsche, weshalb man zur Sensibilisierung beitragen möchte.